

Ercheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 J., 1/2 jährh. 1.50 J.
jährlich 3.00 J. in's Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 J.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezahbar, kostet
monatlich 10 J., jährlich 30 J.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Beitz,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterre rechts.
Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halleaale.

Insertionsgebühren
betragt für die Spaltenweise
Bettgröße oder deren Raum
15 J. für Wohnungs-
Bereins- und Bekanntmachungs-
anzeigen 10 J.
Im redaktionellen Teile
kostet die Zeile 50 J.
Insertate für die fällige
Nummer müssen spätestens bis
vormittags 1/10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 7501

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 81

Halle a. S., Freitag den 7. April 1899.

10. Jahrg.

Anträge für den Gewerkschaftskongress.

In der neuesten Nummer des Correspondenzblattes der General-Kommission werden die dem Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. vorliegenden Anträge veröffentlicht. Diefelben haben folgenden Inhalt:

Die **Widhauer** beantragen, daß die gewerkschaftlichen Streitigkeiten, die bisher nicht allen Anforderungen entsprechen, in Zukunft unter Mitwirkung eines Sachverständigen verarbeitet werden sollen. Ferner soll die General-Kommission auf den General-Versammlungen der Gewerkschaften nur auf Wunsch der letzteren vertreten sein oder wenn erste Differenzen über die Form der Organisation in Aussicht stehen.

Der **Himmelerverband** wünscht Bestimmungen welche die vielen Streitigkeiten an die General-Kommission umhüllig machen und Beteiligung des „erweiterten Ausschusses“, dagegen möge die General-Kommission auf 7, 9 oder 11 Personen erweitert werden. Die **Glaser** von Offenbach beantragen, daß in der General-Kommission jede Gewerkschaft durch einen Delegierten extra vertreten ist.

Die **Widhauer** treten für die Arbeiterlosen-Unterstützung ein und wünschen, die General-Kommission möge dazu genügend finanzielles Material den Organisationen zur Verfügung stellen.

Der **Gemeinsamer Bund** will für jeden Ort, wo gewerkschaftliche Organisationen bestehen, unter Kontrolle des Gewerkschaftsausschusses oder — wo ein solcher nicht besteht — einer besonders zu wählen Kommission eine Extrakursperson ernannt werden, die alle Correspondenzen zu erledigen und Anregung zur Gründung von Organisationen zu geben hat. Die von den einzelnen Gewerkschaften erteilten internen Nachrichten sollen in von der General-Kommission in einer Zeitschrift zusammengefaßt werden.

Die **Redakteure der Gewerkschaftsblätter** beantragen die Aushebung der Tätigkeit der General-Kommission auf staatliche Arbeiterversicherung und Arbeiterhilfe. Die einschlägige Literatur soll in der Zeitschrift zusammengetragen und durch eine geeignete Personlichkeit verarbeitet werden. Die Entscheidungen der Gewerkschaftsausschüsse sind die verarbeiteten Materialien als Beilage zu übermitteln.

Die **General-Kommission** schlägt vor, daß über alle Streits (fortlaufen) und einheitlich von den Gewerkschaften zu berichten ist, da seit Anfang dieses Jahres die Reichsliste über Streitigkeiten von den Räte über den angenommen werden. deren Beichte nicht und nicht erklar sind und die nicht zur Klärung der wichtigsten Ursachen eines Streits, sondern zur Sammlung von Materialien gegen die Streits und die Organisationen dienen werden. Die Verhandlungsprotokolle soll in das Material bei Schluss jeden Jahres der General-Kommission zur weiteren Verarbeitung übergeben.

Der **Solarbeiterverband** (Bastille) beantragt, daß Streitsammlungen an a. berei Stelle nicht versendet werden dürfen.

Die **Widhauer** verlangen, daß jedem Verbands die von ihm gewinnelte Anzahl von Exemplaren des Correspondenz-Blattes gegen Erzahlung übergeben zu werden.

Das **Gewerkschaftsblatt** zu Jena wünscht, das Correspondenz-Blatt solle jedem einzelnen Mitglied der Gewerkschaften durch die letztere unentgeltlich geliefert werden.

Die **Dachbinder** (Hamburg) fordern, daß Eingehen von Tarifgemeinschaften mit den Unternehmern solle nur zulässig sein, wenn sich alle in Betracht kommenden Individuen damit einverstanden erklären.

Die **Widhauer** protestieren gegen Aufhebung der Arbeitsnachweise zu allgemeinen kommunalen oder paritätischer Arbeitsnachweise.

Ferner beantragen die **Widhauer** die Abhebung der Forderung, daß die Gewerkschaften auf den General-Kongressen besonders vertreten sein sollen; dagegen sollen die Leiter der Arbeiter-Sekretariate mit breiterer Stimme zugelassen werden.

Die **Widhauer** (Hamburg) erörtern, daß die Gewerkschaftsblätter den Verbands-Organen der Verbände auf Grund von hohen Kosten Förderung abgeben sollen.

Die **Solarbeiter** (Weging) möchten den Gewerkschaftsarten verbieten, Geld zu Streitsunterstützungen nach ihrem Ermessen zu verwenden, da dadurch eine schädliche Ungleichheit in den Unterstützungen eintritt. Die Unterstützungen sollen den Zentral-Organisationen überlassen werden.

Die **Brauer** (Hamburg) beantragen, alle in der Brauerei beschäftigten Arbeiter: Brauer, Wälder, Brauereiarbeiter, Bierkeller, Stallknecht, Heizer, Malchinen und Arbeiter in Maschinenwerkeln haben sich der 1. der gesamten Brauereiarbeiter bestehenden Organisation, dem Zentral-Verband der Brauer und Berufsvereinigungen, anzuschließen.

Die **Dachbinder** (Hamburg) befrachten die Errichtung freier Arbeitsämter durch die Gewerkschaften und die Zusammenfassung sämtlicher Gewerkschaften zu einer Föderation, die eine gemeinsame Streits- und Streitweise gründet.

Die **Solarbeiter** (Hamburg) wünschen, die Gewerkschaften sollen nur dann an der Vertretung teilnehmen dürfen, wenn für diese eine Zentralisation nicht besteht.

Der **Solarbeiter** Halle in Puffelhof regt die Gründung einer Zentralgenossenschaft durch die Gewerkschaften an. Als Mitglieder dürfen nur gewerkschaftlich organisierte Personen aufgenommen werden.

Wag auch unter diesen Anträgen mancher enthalten sein, der zwar gut gemeint, aber nicht zu empfehlen ist, so spricht doch aus ihnen das ungemein rege und fröhliche Drängen nach Ausbau und Vertiefung der Gewerkschaftsbewegung. Mit welchen Gefühlen muß ein Arbeiter, der für weiter nichts Sinn hat, als für einen Arbeiterverein, für einen evangelischen Arbeiterverein oder für einen Bergbauverein erfüllt werden, wenn er sieht wie seine in dem Wetzen der proletarischen Kämpfer stehenden Klassenossen unabhängig sind, ihre Lage zu sichern und zu bessern. Und seine, des träge und stumpfsinnig Beileites stehenden, mit!

Tagegeschichte.

Halle, 6. April 1899.

Gegen das allgemeine Wahlrecht wird von den Konservativen nachlässig gewöhnt. Erst gestern wieder veröffentlicht in der Kreuzzeitung Graf Wirsach-Sorquitten unter Berufung auf Bismarck einen Artikel gegen das allgemeine Wahlrecht, zu dessen Abdruck die in konservativer Abhängigkeit stehende Presse aufgefordert wird. In dem neuen Kampfe gegen den „Umsturz“ wird die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts eine bedeutende Rolle spielen. Sollte das deutsche Volk einen Reichstag wählen, der die Justizvorlage oder etwas Ähnliches annimmt, so wird eben derselbe Reichstag auch das allgemeine Wahlrecht beseitigen. Eins gehört zum andern. Es heißt also: Doppel- oder gar Dreifach-Reaktion brennt darauf, zu einem mächtigen Schläge auszuholen. Einzig und allein bei dem deutschen Volk steht es, dafür zu sorgen, daß es ein Schlag in's Wasser vorze. — Forderung durch ein andres realitätsnahes Berliner Blatt die Notierung auf, bei Wählung des Justizvorlages den Reichstag aufzulösen und mit der Parole: „Auf zum Kampf gegen den Umsturz!“ in die Wahlen einzutreten.

Eine freisinnige Verleumdung. Die Freie. Blätter behaupten, im zweiten Berliner Wahlkreise hätten sich vor der Reichstagswahl im vorigen Sommer „Tausende“ von sozialdemokratischen Wählern in die Wählerlisten eintragen lassen, die gar nicht in Kreise wohnten und nie auch nur eine Nacht in der angelegten Wohnung zugebracht hätten. Die Aufzählung, Beweis für die Behauptung bezubringen, wurde von Eugen Richter damit erledigt, daß er einen Mann nannte, einen Tapezierer Rabemacher, der sich für Vorkaststraße 15 angemeldet, dort aber nicht gewohnt habe. Niemand kennt diesen Schwurzeiger, und hoher Eugen Richter weiß, daß der Tapezierer sozialdemokratisch gewöhnt habe, behält es als Geheimnis an, den Namen für sich. Jetzt steht, daß Rabemacher bei der Stichwahl überhaupt nicht gewählt hat. Auf die neuerliche energische Aufforderung des Vorwärts, beweiskräftiges Material für seine Verleumdung beizubringen, schwindet sich der Freisinnige mit der Ausflucht hinaus, er werde das erst nach der Wahl thun, da dadurch eventuell die Ungültigkeit der Wahl herbeigeführt werden könne.

Die Rettung Deutschlands. Gelegentlich des 80. Geburtstages des Reichskanzlers Foyenloche haben viele Blätter, auch liberale, hervor, daß er manches Unheil verhindert, manche Uebelreue verhütet habe und daß darum zu wünschen sei, er möge noch recht lange im Amte bleiben. Wie niederbückend muß für das liberale Bürgertum des Gedanke sein, daß ein Greis von 80 Jahren die Hauptstütze bilden muß gegen die anjüngende Flut der krafftigen Reaktion.

Regierung und Agrarier. Ueber die Beschäftigung russischer polnischer und galizischer Arbeiter hat der Regierungspräsident in Schlesien neue Bestimmungen erlassen. Die Beschäftigung polnischer Arbeiter in gewerblichen Betrieben, sofern sie nicht zu den landwirtschaftlichen Nebenerwerbungen gehören, ist gänzlich untersagt. Die ausländischen Polen haben spätestens am 1. Dezember d. J. das Inland zu verlassen. Den für das Deutschtum mit Begünstigung einsetzenden Junkern muß natürlich das Vorecht gelassen werden, die billigen und willigen ausländischen Arbeiter auszubenten.

Des Bombenschwinds Ende. Wir haben schon berichtet, daß das Appellationsgericht in Ancona, vor welches die in Ancona wegen des angeblichen „Mordanschlags“ auf den deutschen Kaiser verhafteten Anarchisten verwiesen worden waren, die Erhebung der Anklage abgelehnt hat. Noch wichtiger als diese voraussetzende Ablehnung ist aber der fernere Beschluß, den Polizeibeamten Maria Bazzani vor das Schwurgericht zu stellen, weil er die angeblich zur Erwarbung des deutschen Kaisers bestimmten Bomben angefertigt, im Raffenshaus Barrini untergebracht und dann die Polizei zur „Entdeckung“ gerufen hat. Die Anklage gegen diesen Lügner lautet auf Vorsehung eines Verbrechens und wissentlich falsche Anklage.

So ist die infame Polizeimache in nichts zerfallen. Noch vor einigen Wochen erklärte im Reichstage der Direktor im Anwärteramt, es müsse abgewartet werden, was vor der Staatsanwaltschaft in Ancona sich entspinne. Nun hat der Reichstag es abgelehnt, auch nur die Anklage zu erheben. An dem „Mordanschlag“ ist also absolut nichts. Das deutsche Volk ist völlig grundlos „beunruhigt“ worden. Wäre es sich das Vorkommnis merken für den Fall, daß die Schafnagler wieder einmal das Bedürfnis empfinden, gegen die Arbeiterklasse zu gehen. Göt man dem Geizhals vom „Terrorismus“ der Arbeiter auf den Grund, so kommt

man überall zu demselben Ende wie beim alexandrinischen Bombenschwindel.

Russisches. Dem Vorwärts ist ein Zeitungskreuzband zugestellt worden, das von der bulgarischen Hauptstadt Sofia aus an einen in Bern studierenden Bulgaren geschickt worden ist. Obwohl aus der Postweg von Sofia nach Bern über Wien führt, trägt das Kreuzband doch einen russischen Stempel, welcher lautet: Das Russische Komitee 9. II 1899. Ueber den bulgarischen Studenten ist also offenbar die russische Polizeigenur verhängt worden.

Unfallentschädigung für Gefangene. Der Justizminister hat angeordnet, daß den Gefangenen, die während der Haft einen Unfall erlitten haben, oder den Angehörigen solcher Gefangenen aus Staatsmitteln Unterstützungen gewährt werden können. Die Unterstützungen werden aber vom Justizminister nach seinem Ermessen bewilligt und ein Anspruch auf Entschädigung für Unfallverletzungen steht den Gefangenen oder ihren Angehörigen nicht zu. Den Unternehmern, die Gefangene der gerichtlichen Gefängnisse beschäftigen, wird bei den Vertragsabschlüssen u. die Verpflichtung auferlegt, einen Beitrag von einem halben Pfennig für den Kopf und Arbeitstag zu entrichten.

Ausland.

Frankreich. Der Fugro legt seine Veröffentlichungen aus den Untersuchungen der Kriminalkammer fort. Die gegen Dreyfus arbeitende Generalsabteilung wird dadurch so geschwächt bloßgestellt, daß alle ihre Bemühungen, die Durchführung der Revision zu vereiteln, erfolglos bleiben müssen. Das ist um so erfreulicher, als die Generalstabler in letzter Zeit zweifellos wieder Oberwasser erlangt hatten.

Belgien. Die belgische Arbeiterchaft hat zu Dieren in Brüssel ihr neues Volkshaus eingeweiht. Zehntausende nahmen an der Feier teil. Aus den Nachbarländern waren Vertreter erschienen.

Italien. Ueber das Bestehen des Papstes laufen fortgesetzt Berichte ein, die sein baldiges Ableben in nahe Aussicht stellen. Da er aber noch vor wenigen Tagen beim Empfange katholischer Journalisten aus Belgien die Kraft hatte, eine halbe Stunde lang über die sozialistischen Wilsiege in Belgien zu jammern, so brauchen sich die Kardinal wohl noch nicht auf eine Postwahl vorzubereiten.

Soziales.

— **Bauernlegen in Hessen.** Wie die Großen ihren Beschluß abgeben, zeigt eine amtliche Bekanntmachung im belgischen Ministerkongress, des Darmst. Bz. Danach ist die Familie Dorer von Riedel zu Eisenbach so freundlich gewesen, im Amtsgerichtsbezirk Würzburg ihrem Freiheitskampf 35333 Ar hinzuzufügen — nämlich zur Arrondierung. Die Anläufe haben in vier verschiedenen Gemartungen stattgefunden.

— **Der Reusnahr-Ladenstahl** ist nach Vereinbarung unter den Ladeninhabern von Koblenz beschlossen worden und wird gleich nach Dieren in Kraft treten.

— **Wo die Millionen hinkommen.** Die Berliner Diskonto-Gesellschaft, die Hansemannsche Emissionsbank, zählt diesmal zehn Proz. Dividende.

— **D, diese „wilden“ Engländer!** In einem Städtchen von Wic (England) hatte die Armenbehörde den streitenden Kohlengräber in Armenunterstützung gewährt. Die „besseren“ Stenerzahler hatten deshalb die Armenbehörde verklagt. Die Klage wurde jedoch in der Berufungsinflanz mit der Begründung abgewiesen, es sei nicht erwiesen, daß die Armenbehörde nach irigen Grundbesitz gehandelt habe.

Vierte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Zweiter Sitzungstag.

Schlichte (fortfahren): In der Leipziger Streitfrage habe der Vorstand bona fide gehandelt. — Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, ging ein Antrag auf Schluß der Debatte ein, der auch angenommen wurde. Danach bekennt die Mitgliedschaft des Deutschen Verbandes das Schlichteramt. Darauf erfolgte die namentliche Abstimmung über die eingegangenen Anträge. Der Antrag Leipzig, den Bevollmächtigten abzulegen, wird zurückgezogen. Dagegen wird ein Antrag angenommen, den Hauptvorstand zu beauftragen, Verhandlungen anzubahnen, um eine Verständigung mit Leipzig West und Zentrum zu erzielen. Das Wort fällt dem Vorstandes das Schlichteramt. Darauf einige Kollegen, jedoch für den Preis von 10 Pfennigen abgegeben werden. Darauf wurde dem Kassierer Werner ein einstimmig Deklarat erteilt.

3. Punkt. Als Referent über die Einführung der Arbeiterlosenunterstützung und Beitragserschöpfung bekam an Stelle

